

Aktuelle Post aus dem Kreistag (8)



31. März 2017

Liebe Freundinnen und Freunde!
Liebe Genossinnen und Genossen!

Die Kreistagssitzung am 29. März 2017 hatte keine umfangreiche Tagesordnung. Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses wurden gewählt. Umfangreichere inhaltliche Anträge wurden ohne Aussprache in die Ausschüsse verwiesen, darunter unser Antrag auf einen Sozialbericht, der seinen Namen auch verdient und nicht nur ein Rechenschaftsbericht des Fachbereichs 3 der Kreisverwaltung ist.

Zu einem politischen Schlagabtausch kam es dann doch noch: ein Dringlichkeitsantrag der Grünen setzte die Anzeige des Wetteraukreises gegen den Direktor der Psychiatrie an der Universitätsklinik Marburg/Gießen auf die Tagesordnung.

Das sind die Themen dieser Ausgabe:

1. Rücklicht
2. Dringlichkeitsantrag der Grünen
Rücknahme der Strafanzeige gegen den Direktor der Psychiatrie im Zusammenhang mit einer Abschiebung eines Rom in den Kosovo
3. Drei NPD-Anträge
4. Antrag DIE LINKE. / Piraten: Sozialbericht des Wetteraukreises

RÜCKLICHT



Internationaler Frauentag

Zum Internationalen Frauentag überreichte Anja ElFechtali in Friedberg Rote Nelken an die Passantinnen.

„Der Frauentag ist immer noch ein Kampftag“, sagt die Kreistagsabgeordnete der Linken.

„Nach wie vor werden Frauen schlechter bezahlt als Männer. Und Armut ist leider weiblich. Besonders Alleinerziehende sind armutsgefährdet.“

Heiße Suppe gegen soziale Kälte

Im Februar informierte DIE LINKE über Altersarmut. Auf der Friedberger Kaiserstraße gab es heiße Suppe gegen soziale Kälte.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Niedriglöhne sorgen dafür, dass immer mehr Rentnerinnen und Rentner beim Sozialamt Hilfe beantragen müssen. DIE LINKE hat eine bundesweite Kampagne für armutsfeste Renten gestartet. Sie befindet sich dabei an der Seite des DGB. Auch die Gewerkschaften machen politischen Druck für eine Rente, die zum Leben reicht.



Gabi Faulhaber informiert über ihre Landtagsarbeit

In der linken Landtagsfraktion ist Gabi Faulhaber für die Ressorts Bildungspolitik, Migration, Tierschutz und Petitionen zuständig.

Über ihre Initiativen informiert sie auf einer eigenen homepage: www.gabi-faulhaber.de.

Dort ist auch der erste Rundbrief zu finden: <http://www.gabi-faulhaber.de/persoeliches/rundbrief/>

Dringlichkeitsantrag der Grünen: Rücknahme der Strafanzeige gegen den Direktor der Psychiatrie der Universitätsklinik Marburg/Gießen

Aus aktuellem Anlass haben die Grünen diesen Antrag gestellt.

Was war geschehen? Wir zitieren eine Presseerklärung der Kreistagsfraktion DIE LINKE. / Piraten vom 20. März 2017:

Wetteraukreis schießt mit ganz großen Kanonen - Bellen getroffene Hunde?

„Das ist skandalös – und zwar in jeder Hinsicht!“ So kommentiert Gabi Faulhaber, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. / Piraten im Wetterauer Kreistag die Ereignisse um die Abschiebung eines psychisch kranken Rom durch das Ausländeramt des Wetteraukreises.

„Der erste Skandal ist, dass der schwer traumatisierte Mann unter einem Vorwand ins Ausländeramt des Wetteraukreises gelockt wurde, um dort verhaftet und abgeschoben zu werden. Sein persönliches Vorsprechen wurde verlangt, angeblich, um die Kosten für den Klinikaufenthalt zu klären. Der Wetteraukreis behauptete nun, der Rom habe freiwillig vorgesprochen. Dass der psychisch Kranke nur in Begleitung einer Sozialarbeiterin anreisen konnte und sein Krankheitszustand von seinen Ärzten kritisch beurteilt wurde, verschweigt der Wetteraukreis in seinen Presseverlautbarungen. Die Behauptung, die Behandlung des schwer traumatisierten Mannes hätte genauso gut im Kosovo stattfinden können, ist geradezu bizarr!

Der zweite Skandal ist, dass gegen den Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik Gießen/Marburg vom Wetteraukreis nun Strafanzeige gestellt wurde, nachdem er öffentlich deutlich gemacht hat, dass er das Vorgehen des hiesigen Ausländeramts missbilligt. Dem Mediziner wird vorgeworfen, er habe Details zum Gesundheitszustand des Kranken verlautbaren lassen. Das ist perfide! Dieser Versuch, den Arzt zu kriminalisieren, um von der eigenen inhumanen Abschiebep Praxis abzulenken, ist mehr als durchsichtig. Man will ganz offensichtlich kritische Stimmen einschüchtern.“

DIE LINKE. Kreistagsfraktion verurteilt diese Strafanzeige gegen den Mediziner auf das Schärfste!

Dieses Vorgehen der Ausländerbehörde stellt einen Tabubruch dar. Einen kranken Menschen aus einer Klinik herauszulocken, um ihn abzuschieben, ist ebenso inhuman, wie es im November 2016 die Abschiebung einer serbischen Romni war. Die Schülerin war damals aus dem Unterricht einer Karbener Schule herausgeholt und zum Flughafen verfrachtet worden.

Beide Vorfälle fanden im Wirkungsbereich des Ausländerbehörde Wetterau statt. Angeblich wurde diese nach zahlreichen Protesten zu einer „Willkommensbehörde“ weiterentwickelt. Doch wieder handelt diese Behörde inhuman.

„Wir fordern den Wetteraukreis auf, die Strafanzeige zurückzuziehen“, sagt Faulhaber. „Der Einschüchterungsversuch gegen den human handelnden Mediziner ist komplett inakzeptabel!“

Wir haben dem Antrag der Grünen als einzige Fraktion zugestimmt. Aber er ging uns nicht weit genug. Denn es geht hier nicht allein um die skandalöse Strafanzeige gegen den Arzt. Die Grünen sprechen auch nur davon, dass es dem Wetteraukreis nicht guttäte, derart über das Ziel hinaus zu schießen.

Es geht um einen Tabubruch!

Das war unsere Rede:

„Sie behaupten, nicht der Wetteraukreis sondern die zentrale Abschiebebehörde des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt sei verantwortlich. Jetzt frag ich mich: warum passieren solche Abschiebungen aus Schutzräumen nur im Wetteraukreis und nicht anderswo? Warum wird nur hier eine Romna aus dem Unterricht geholt, wie vor einigen Monaten in Karben? Und jetzt wird ein Rom unter einem Vorwand aus der psychiatrischen Klinik gelockt, verhaftet und abgeschoben.

Warum stellt dann der Wetteraukreis Strafanzeige gegen den Arzt und nicht das Land Hessen?

Diese Abschiebung aus einer Psychiatrie ist ein Tabubruch!

Unstrittig ist, dass die Rechtswege ausgeschöpft waren. In einem Eilverfahren beim hessischen Petitionsausschuss lehnte die Berichterstatterin, die CDU-Frau Wallmann, die Eingabe nach Sach- und Rechtslage ab. Aber sie verwies die Petition nicht in den Härtefallausschuss. Dabei gab es Abschiebehindernisse:

Jeder der etwas über Traumata weiß, weiß auch, dass sie unter Streß wieder aufbrechen können. Die Familie des Mannes wurde abgeschoben. Er landete krank in der Psychiatrie. Berichte im Fernsehen haben deutlich gemacht, unter welch prekären Verhältnissen Roma in den Balkanländern leben müssen. Hier davon zu sprechen, der Rom könne auch im Kosovo gut behandelt werden, ist geradezu skuril.

Noch schlimmer ist die Anzeige gegen den Arzt! Sie unterstellen ihm ja sowieso, er schütze den Flüchtling unzulässig. Erst recht hätten Sie ihm rechtswidriges Handeln unterstellt, wenn er nicht gesagt hätte, der Rom sei traumatisiert und suizidgefährdet. Wir sehen in der Anzeige einen Einschüchterungsversuch gegen einen kritischen Mediziner!“

Begeisterte Unterstützung löste das Vorgehen des Wetteraukreises bei der NPD-Fraktion im Kreistag aus. Sie forderten, dass weiterhin eine härtere Gangart eingeschlagen werden müsse. Da sind die anderen Fraktionen dann ja in feiner Gesellschaft!

Die Argumentation des Herrn Lux von der SPD lautete: Der Wetteraukreis habe keine Anzeige erstattet. Er habe nur die Staatsanwaltschaft aufgefordert, gegen den Arzt zu ermitteln.

Außerdem will der Kreis die Behandlungskosten nicht an die Klinik zahlen. Der Arzt hatte gesagt, eine Psychiatrie sei ein geschützter Raum, ähnlich wie ein Kirchenasyl. Jetzt die bestechende Logik des Wetteraukreises: wenn es wie Kirchenasyl ist, kann es ja nichts kosten. Ist daran jetzt auch das Regierungspräsidium schuld?

Drei NPD-Anträge

Erneut beantragte die NPD Geld für Sicherheitsdienste, die in der Wetterau Veranstaltungen schützen sollen. Und natürlich sind diese Veranstaltungen wegen der Flüchtlinge gefährdet.

Ebenfalls wiederholte sie den Antrag, den hessischen Lehrplan zur Sexualerziehung zurückzunehmen. Sie wollen ein klassisches Familienbild.

Diese beiden Anträge wurden nicht zur Debatte zugelassen, weil sie nicht in die Zuständigkeit des Kreistags fallen.

Ein dritter Antrag wurde abgelehnt: Er verlangte, die Schließung von Sparkassenfilialen in der Wetterau zu stoppen. Das ist natürlich ein populäres Thema.

Antrag DIE LINKE. / Piraten:

Zukünftige Sozialberichte bilden die sozialen Verhältnisse in der Wetterau ab. Sie sollen als Arbeitsgrundlage für eine präventive Sozialpolitik im Wetteraukreis dienen.

Bisher gab es zwei Sozialberichte im Wetteraukreis. Sie stellten die Arbeit des Fachbereichs 3 der Kreisverwaltung vor. Auch das Jobcenter hängt einen Arbeitsbericht an. Das reicht uns nicht, weil man damit überhaupt nicht präventiv und geplant Sozialpolitik machen kann. Wir wollen einen echten Armuts- und Reichtumsbericht und haben dafür auch Kriterien zusammengestellt.

Der komplette Antrag ist hier zu finden:

<http://www.die-linke-wetterau.de/content/presse/746-linke-wollen-echten-sozialbericht-f%C3%BCr-den-wetteraukreis.html>

Hier unsere Antragsbegründung:

"Der Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2017, den der Paritätische Wohlfahrtsverband kürzlich veröffentlichte, zeigt, dass die Armut in Deutschland auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent angestiegen ist. Es wurde in den zugrunde liegenden Untersuchungen deutlich, dass es einen langjährigen Trend zu wachsender Armut gibt.

Erstmals ermöglicht der Bericht des Paritätischen einen Zehn-Jahres-Vergleich. Es zeigt sich, dass die Armut auch in allen westdeutschen Bundesländern mit Ausnahme Hamburgs und Bayerns merkbar angestiegen ist.

Bei allen bekannten Risikogruppen hat die Armut im Vergleich zum Vorjahr noch einmal zugenommen: Bei Erwerbslosen auf 59 Prozent, bei Alleinerziehenden auf 44 Prozent, bei kinderreichen Familien auf 25 Prozent, bei Menschen mit niedrigem Qualifikationsniveau auf 32 Prozent und bei Ausländern auf 34 Prozent. Alarmierend ist im Zehn-Jahres-Vergleich insbesondere die Armutsentwicklung bei Rentnerinnen und Rentnern. Ihre

Armutquote stieg zwischen 2005 und 2015 von 10,7 auf 15,9 Prozent und damit um 49 Prozent.

Diese Entwicklung fordert die Politik zu einem entschlossenen Handeln auf. Natürlich in erster Linie die Bundes- und Landespolitik. Aber auch die Kommunen können sich nicht weiter wegducken!

Es muss um präventive Sozialpolitik gehen. Dazu gehört eine fundierte Kenntnis der sozialen Verhältnisse vor Ort. Politik muss entschlossen handeln und eine Sozialpolitik entwickeln, die alle Menschen mitnimmt indem sie Armut bekämpft und soziale Ungleichheit verringert."



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Rudi Kreich, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber